Alfred Pfoser

Die Zumutungen der Demokratie. Wiener Moderne und Republik

1. Ludwig Wittgenstein und das Denken über Politik und Gesellschaft

Verallgemeinerungen sind immer gefährlich, weil sie mehr verdecken als aufdecken. Jeder Fall der großen Geister ist speziell, erst recht der von Ludwig Wittgenstein. War sein Leben und Denken ganz und gar singulär? Wie zeittypisch ist seine Biographie,[1] wie sehr lässt sich in seiner Epoche sein höchstens als rudimentär vorhandenes politisches Denken mit anderen bekannten österreichischen Intellektuellen und Schriftstellern vergleichen? Es lässt sich nicht behaupten, dass Wittgenstein nicht stark auf die große Katastrophe des Ersten Weltkriegs und die Zeitenwende nach 1918 reagiert hätte; es war allerdings eine sehr persönliche und in vielem unvergleichliche Reaktion, die auch daher rührte, dass er einer der reichsten Familien Österreichs entstammte.

Im Juli 1914 meldete er sich freiwillig an die Front. Der Patriotismus, der ihn überkam und Sehnsucht nach soldatischem Heroismus auslöste, war ähnlich wie bei vielen anderen Intellektuellen und Künstlern gelagert, aber seine extreme, mystisch-religiös aufgeladene Todesverachtung, die ihn an besonders gefährliche Posten der Front drängte,

1 Monk 1994.

Károly Kókai Hg. *Zeit der Unkultur* Wien: NoPress 2022: 13-50.

war wegen deren Dauer und Beständigkeit einigermaßen singulär. Obwohl Wittgenstein direkt die Kämpfe erlebte und sich bei ihm das Kriegsende mit einer fast einjährigen Kriegsgefangenheit fortsetzte, aus der er erst am 21. August 1919 freikam, war das Grauen des Krieges, das unendliche Leid, das gesellschaftliche Chaos, das der Krieg anrichtete, nicht Thema in seinem Denken.

Nach dem Krieg erfolgte von ihm keine Abrechnung weder mit der Monarchie, die den Krieg ausgelöst hatte, noch mit dem autoritären Kriegssystem, das Willkür, Leid, Hunger, soziale Depravierung gebracht und so viele Tote und Versehrte zu verantworten hatte. Trotz enger britischer Freunde, die sich politisch exponierten (wie Bertrand Russel, der wegen seines Pazifismus gar ins Gefängnis musste) oder in der großen Politik eine wichtige Rolle einnahmen (wie John Maynard Keynes, der nach dem Ersten Weltkrieg der britischen Verhandlungsdelegation bei der Pariser Friedenskonferenz angehörte), fehlte bei Wittgenstein jedes Verständnis für das politische Engagement seiner ausländischen Freunde. Ja, ganz im Gegenteil generierte seine grundsätzliche Abwehr, sich der intellektuellen Herausforderung des Politischen zu stellen, Verachtung, die sich etwa gegen Russels populäre Schriften richtete. Auch in seinem österreichischen Netzwerk gesehen, bezog Wittgenstein eine seltsam erratische Position, denn er nahm seine intellektuellen Mitstreiter, die in der Verarbeitung des Ersten Weltkrieges eine führende Position hatten (man denke an Karl Kraus, dessen *Fackel* er las, oder an Ludwig Ficker mit der Zeitschrift *Brenner*), in ihrem öffentlichen Wirken nur peripher zur Kenntnis. Seine Antwort auf die Zeitenwende speiste sich aus der individualistischen Radikalität des „Du musst Dein Leben ändern“. Seine ausgesetzte psychische

Befindlichkeit traf eine extreme Entscheidung: Er veräußerte sein gesamtes Erbe, wählte ein Leben in Armut und wollte als Lehrer in einer armen Dorfgemeinde wirken. Sicherlich war dies auch eine spektakuläre Reaktion auf die Verelendung, die er im Nachkriegsösterreich vorfand, aber wiederum war es vor allem eine individuelle Entscheidung, ganz im Geist eines aufopfernden Individualismus, in der Nachfolge Leo Tolstois, ohne Verbindung zu kollektiven Bestrebungen. Sein Beschluss war in dieser Lebensphase geleitet von der Suche nach einem heiligen, heiligmäßigen Leben.

Wittgensteins erkenntnistheoretische Ausrichtung in der Philosophie und sein selbstbezogenes Lebensprogramm erlaubten keine Nähe zu politischen Parteien, was nicht ausschloss, dass sich vereinzelt Berührungspunkte mit der sozialdemokratischen Bewegung oder mit Exponenten der Linken und der Liberalen ergaben. Sein Skeptizismus, sein Kulturpessimismus, seine Radikalität in der Selbstkritik und seine Leidenschaft, einmal erarbeitete eigene Positionen einer scharfen Kritik zu unterziehen, verhinderten allerdings die Anschlussfähigkeit für jedwedes Fortschrittsdenken, erst recht für einen eschatologischen, zukunftsgläubigen Marxismus.

Gleichzeitig gab es für Wittgenstein in der Polarisierung der Ersten Republik keine Berührungspunkte mit der geschlossenen Welt des Politischen Katholizismus. Sein ausgeprägtes religiöses Denken sah keinerlei Nähe mit kirchlich-dogmatischen Kräften, sein *Tractatus* war für die konservativ-reaktionären Kräfte an der Universität uninteressant. Die mit so viel aufopfernder Hingabe betriebene Tätigkeit als Volksschullehrer führte ihn dagegen in die Nähe der Glöckelschen Schulreform. Der „Wiener Kreis“

zählte Wittgenstein, auch wegen seiner Teilnahme an den Diskussionen, in einem eingeschränkten Maß zu seinen Mitgliedern, auch wenn Wittgenstein dagegen auftrat, ihn für den logischen Positivismus und die „wissenschaftliche Weltanschauung" zu reklamieren.

Seine englischen Jahre ab 1929 führten ihn in vielerlei Hinsicht näher an die heftigen politischen Debatten der Zeit heran, George Thomson sprach einmal von Wittgensteins „wachsendem politischen Bewusstsein."[2] Einmal gab es durch Wittgensteins Wendung zur Bedeutungsanalyse, zur Fokussierung auf das Sprachspiel und die Grammatik, in denen sich das soziale Handeln vollziehe, eine Heranführung an die gesellschaftliche Realität. Dabei spielte der ebenfalls in Cambridge lehrende marxistische Ökonom Piero Sraffa, der aus Mussolinis Italien geflohen war, eine bedeutungsvolle Rolle, indem dieser Wittgenstein den „ethnologischen Blick" lehrte.[3]

Das große akademisches Interesse in Cambridge, das sowjetrussische Experiment mit Sympathie zu sehen und genauer zu studieren, beeinflusste sichtlich Wittgenstein. Nicht nur seine engen Freunde John Maynard Keynes und Bertrand Russel hatten die Sowjetunion besucht und über ihre Eindrücke Bücher geschrieben. Auch wegen seiner traditionellen Tolstoi-Verehrung fasste Wittgenstein 1934 den Entschluss, in die Sowjetunion auszuwandern und Russisch zu lernen. Im Herbst 1935 setzte er tatsächlich diesen Plan auch in der Weise um, dass er vor Ort erkundigen wollte, wie und wo er dort ein Leben als einfacher Arbeiter führen könne. Trotz seiner ernüchternden Beobachtungen

2 Ebenda S. 366.

3 Ebenda S. 280f.

über Korruption und Überwachung, trotz der Berichte über die Moskauer Prozesse äußerte Wittgenstein weiterhin eine gewisse Sympathie für Sowjetrussland und für Stalins schwierige Lage, gelegentlich betrieb er sogar nach ersten gescheiterten Versuchen seinen alten Plan weiter, dorthin zu übersiedeln. Besonders angetan war er von der kollektiven Bildungsbegeisterung in der Sowjetunion. Als weiteren Beweis für Wittgensteins linke Sympathien könnte man auch anführen, dass er bei den britischen Parlamentswahlen im Juli 1946 seine Freunde drängte, Labour zu wählen.[4] Den Nationalsozialismus lehnte er immer dezidiert ab, das Münchner Abkommen, bei dem Großbritannien gegenüber dem Deutschen Reich territoriale Zugeständnisse (Österreich, Sudetenland, Tschechoslowakei) machte, sah er stets als großes Verhängnis.

2. Die neue politische Ordnung

2.1. Das intellektuelle Unbehagen im republikanischen Kleinstaat

Wieso erfolgte Wittgensteins partielle Politisierung so spät? Wieso nicht in Wien, sondern erst in Großbritannien? Wie weit lässt sich sein nur rudimentär vorhandenes politisches Denken mit dem anderer bekannter liberaler Intellektuellen und Schriftsteller vergleichen? Wie zeittypisch ist seine Biographie für das Verhältnis der geistigen Elite in Österreich zu den Grundwerten der neu geschaffenen bürgerlich-demokratischen Republik?

4 Ebenda S. 508.

Der Schock über den Verlust der großen Habsburgermonarchie und die Verlustgefühle nach der Ankunft in einem in vielerlei Hinsicht prekären, krisenhaften, politisch zerrissenen Kleinstaat wirkten tief. In der rezenten Wissenschafts- und Literaturgeschichtsschreibung ist wiederholt diskutiert worden, wieso sich beim geistigen Österreich keine Identifikation mit der republikanischen Realität einstellte und welche Wirkungen auf ihr Denken der Abschied von Habsburg und der aufziehende Nationalsozialismus generiert hatte. Die Avantgarde wurde in Wien vielfach zum schärfsten Gegner der Moderne. Urbanität, Kosmopolitismus und Rationalität wurden zwiespältig er- und gelebt, hinter dem Fortschrittsversprechen tauchten Schreckbilder des Totalitarismus auf. Die parlamentarische Demokratie und ihre Werte erhielten nur bei wenigen einen zentralen Platz in der Bewältigung der Gegenwartsprobleme.

Die intellektuelle Kritik an der Politik, speziell die Distanz zum Parteienstreit und damit auch zum Parlamentarismus könnte man mit vielen Stimmen und in unterschiedlichen Schattierungen illustrieren. In dieser Untersuchung kann dies nur in einem exemplarischen Verfahren geschehen. Eine kurze Einführung in die Genese der österreichischen Demokratie und ein Überblick über die Gegner und ihre Argumente sind vorangestellt. Die erbittert geführten Kontroversen bereiteten die Zerstörung der Demokratie in Österreich vor, bei der die liberalen Intellektuellen und Schriftsteller meist nur als Beobachter, Zaungäste oder Opportunisten zusahen. Ihre ganze Aufmerksamkeit galt in den 1930er Jahren dem Nationalsozialismus. In den Zeitungen konnten sie nachlesen, wie von dieser Bewegung Werk und Leben bedroht sein würde.

2.2. Die Herrschaft des Parlaments: „Die uneingeschränkte Demokratie“[5]

Im Oktober 1918 vollzog sich in rasender Schnelligkeit die Auflösung der alten Ordnung. Die „österreichische Revolution“ wollte den Grundfehler der postfeudalen Verfassung der Monarchie reparieren. Die neue Republik stellte die Legislative in den Mittelpunkt des gesellschaftlich-politischen Lebens, wollte alle Fragen und Konflikte der Gesellschaft, bevor Entscheidungen von einer Mehrheit der Abgeordneten getroffen wurden, öffentlich machen und sie öffentlich diskutiert sehen.

Die junge Republik machte die Parteien zu den Trägern der Macht im Staat. Nicht mehr vom Kaiser bestellte Beamte und Experten lenkten die Geschicke der Republik, sondern Parteien, die sich der Wahl stellten, von den Wählern mit einem Mandat ausgestattet wurden und abgewählt werden konnten. Die Abgeordneten der Parteien wählten eine Regierung, die von einer Mehrheit im Parlament getragen sein musste. Manche sprachen vom neuen „Kaiser“. Die neue Republik machte mit dem abgekoppelten Eigenleben der kaiserlichen Regierung und Verwaltung Schluss. Das Gesetz der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918 schloss, in den Worten Otto Bauers,

> die demokratische Revolution ab: er erklärte Deutschösterreich zur demokratischen Republik, übertrug alle Rechte des Kaisers dem Staatsrat, erklärte alle Vorrechte der Familie Habsburg für aufgehoben, alle auf politische Privilegien gegründeten Körperschaften – die Delegationen, das Herrenhaus, die auf Grund des Zensuswahlrechtes gewähl-

5 Zusammenfassend: Pfoser und Weigl 1917 S. 119-132.

> ten Landtage und Gemeindevertretungen – für aufgelöst, er ordnete die Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung und die Neuwahl der Landes- und der Gemeindevertretungen auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes auf Grund der Verhältniswahl an. Die Republik, die Zertrümmerung der plutokratischen Wahlrechtsprivilegien in den Ländern und in den Gemeinden, das Frauenwahlrecht, der Proporz waren die Errungenschaften der demokratischen Revolution.[6]

Mit der Etablierung des allgemeinen, repräsentativen Verhältniswahlrechts für Männer und Frauen und den aus ihm hervorgegangenen Regierungen wurden 1918/19 die alten radikalliberalen und sozialdemokratischen Forderungen aus dem 19. Jahrhundert durchgesetzt. Eine parlamentarische Demokratie, die die Partizipation der Staatsbürger und den Ausgleich der verschiedenen gesellschaftlichen Interessen als Grundlage der Meinungs- und Interessensbildung vorsah und dem Prinzip der friedlichen Wettbewerbs der Interessen und Ziele huldigte, wurde bei Politikern und Staatswissenschaftlern sowie in der demokratischen Presse als Ordnung des nationalen Kompromisses und internationalen Ausgleichs erhöht. Die parlamentarische Demokratie als „Delibrationsstadium des Gesamtbewußtseins“[7] (Karl Renner) garantierte im Leben der Völker die sozialtechnische Annäherung an die Idee der Freiheit und der Gleichheit, weil Parteien um die Gunst der Wähler warben und deren Interessen im Parlament vertraten. Sie institutionalisierte Toleranz als Prinzip, denn die Mehrheit konnte nie gewiss sein, die Mehrheit zu behalten, sie sah auch für die

6 Bauer 1963 S. 116.

7 Zit. nach Leser 1968 S. 35.

unterlegene Partei Mitbeteiligung in Form des Proporzes und der Kontrolle vor.

Die Parteien fassten die unterschiedlichen Kräfte und gesellschaftlichen Interessen zusammen. Sie zogen Experten mit Erfahrungswissen heran und sorgten dafür, dass eine konzise Politik mit Entscheidungsfähigkeit, Überblick und Augenmaß betrieben wurde und Kompromisse zustande kamen. Durch die Wahl für eine längere Funktionsperiode hatten Abgeordneten und Obleute in Partei und Gewerkschaft die Möglichkeit, die längerfristigen Effekte ihrer Initiativen und Aktivitäten im Auge zu haben. Dadurch entzogen sie sich dem Risiko, bei unbequemen Beschlüssen oder Kompromissen, sogleich wieder abgewählt zu werden. Die Partei, so der Anspruch, hatte die längere Entwicklung vor Augen, und nicht kurzfristige Erfolge. Die basisdemokratische Rätebewegung, die sich als Gegenpol zum System der parlamentarisch-demokratischen Repräsentation positionierte, wurde verdächtigt, wie in der Sowjetunion den Keim zu Chaos, Bürgerkrieg und Diktatur in sich zu haben und anarchisch agierenden Gruppen und Truppen zu viel Macht zu geben.

Umgekehrt kam von einem Teil der Rätebewegung, vor allem von der Kommunistischen Partei, heftige Kritik am Parlamentarismus. Dieser werde genutzt, um die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu perpetuieren. Jetzt, wo die Arbeiter und Soldaten endlich die reale Machtmöglichkeit vorfänden, grundsätzlich neue Verhältnisse zu schaffen, würde der Parlamentarismus die Herbeiführung einer neuen Eigentumsordnung und damit eine entscheidende gesellschaftliche Umwälzung behindern. Denn parlamentarische Wahlergebnisse würden nicht, wie Wahlen in den Betrieben und Kasernen, die reellen Interessen abbil-

den, Presse und Kanzel könnten, unter Aufbietung leicht bedienbarer nationalistischer Vorurteile (etwa Antisemitismus), unter Berufung auf alte Traditionen und religiöse Haltungen, unter Bedienung volatiler Stimmungen (etwa Stadt-Land-Gegensätze) oder der Skandalisierung gewisser Vorkommnisse, die eigentlichen Interessen der Bevölkerung verschleiern. Durch die ökonomische und propagandistische Übermacht könne das Kapital das Wahlverhalten bei den Parlamentswahlen steuern.

2.3. Die Herrschaft des Rechts: Die Verfassung

Die Verfassung von 1920 gilt noch heute als Meilenstein der österreichischen Geschichte, ihr systematischer Charakter wird immer wieder gerühmt. In der politischen Philosophie zählte die Verfassung idealiter

> zum nichtkontroversen Raum der Politik, zu jenem Bereich, in dem alle wesentlichen politischen Kräfte grundsätzlich übereinstimmen, und den sie im Allgemeinen aus der aktuellen Tagespolitik heraushalten.[8]

Die heute noch gültige österreichische Verfassung, die nach langem Ringen am 1. Oktober 1920 beschlossen wurde, war der zweite große Pfeiler der neuen Ordnung: Sie regelte die grundsätzlichen Fragen des Zusammenlebens im Land und gab der politischen, gesellschaftlichen und juridischen Ordnung ein stabiles Fundament, nämlich die Herrschaft des Rechts. Keine Macht, auch keine bei Wahlen zustande gekommene Mehrheit hatte das Recht, sich über die Ver-

8 Pelinka und Welan 1971 S. 25.

fassung zu stellen. Die Verfassung legte die Spielregeln im Umgang mit der vom Volk übertragenen Macht fest, definierte den komplexen Umgang von Bund, Ländern und Gemeinden und wirkte in der von Unsicherheit und extremer Not gekennzeichneten Lage konfliktdämpfend und garantierte den Frieden im Land. Das neu geschaffene Organ des Verfassungsgerichtshofes überwachte die Einhaltung der Regeln. Keine Instanz sollte sich über das Recht und die Rechte anderer, etwa die von Opposition oder Minderheiten, hinwegsetzen können.

Tatsächlich gelang es der jungen Republik, gewaltsame Auseinandersetzungen im Inneren zu vermeiden. Gewaltsame Betriebsübernahmen wie bei der Alpine Donawitz wurden zurückgenommen, die Forderungen nach Sozialisierung führten nicht zu Arbeitsniederlegungen und erbittert geführten Arbeitskämpfen wie in der Weimarer Republik. Einzig die beiden sogenannten „Kommunistenputsche" 1919 ließen eine größere Zahl an Toten und Verletzten zurück. Der Kulturkampf wuchs sich bei aller Härte nie zu großen gewaltsamen Zusammenstößen aus. Österreich stellte sich in den Jahren 1918 bis 1922 im Vergleich zu vielen Nachbarstaaten geradezu ein Hort der Stabilität dar. Das Land geriet in diesen Jahren nicht einmal in die Nähe eines Bürgerkriegs. Die Verfassung, beschlossen von allen Parlamentsparteien und unterstützt von den wesentlichen Kräften im Land, trug trotz aller Bedrohungen (Heimwehren, Restaurationsversuche) über alle Konflikte hinweg. Auch militärischen Zusammenstöße an den und um die Grenzen wurden vermieden, die Regierung in Wien setzte nach Möglichkeit auf Verständigung und Volksabstimmungen (Kärnten, Burgenland). Aus einer militärisch schwachen Position versuchten die österreichischen Spit-

zenpolitiker eine Vorwärtsstrategie zu entwickeln, die darauf basierte, dass Annäherung, Kooperation und Kompromiss langfristig für die wirtschaftliche und soziale Ordnung von Vorteil wären.

2.4. Republik mit Vorbehalt – Demokratiekritik von Parteien und politischen Gruppen

Die Verfassung wurde am 1. Oktober 1920 im Parlament beschlossen. Stolz war trotzdem wenig vorhanden, ein „Verfassungspatriotismus" zeigte sich nicht einmal in Ansätzen. Beide Großparteien waren weit davon entfernt, sich einen gemeinsamen Erfolg zu gönnen. Feierliche Erhabenheit wollte sich nicht einstellen, auch wenn allen Beteiligten klar war, dass an diesem Tag das Gründungsdokument der österreichischen Demokratie mit Zweidrittelmehrheit nach monatelangen Verhandlungen beschlossen wurde. Weniger die Tatsache, dass man sich einig wurde, stand im Vordergrund, sondern all das, was die eine Koalitionspartei von den Vorschlägen und Absichten der anderen jeweils verhindert hatte. Kaum war die Verfassung beschlossen, dachten die Christlichsozialen, die gerade die Wahlen gewonnen hatten, an Revision.

Was sich mit Seipels späten Reden über die „Parteienherrschaft" verdichtet hatte, war bereits partiell in der Frühzeit der Republik vorhanden. Bei der Ausrufung der Republik vor dem Parlament waren die Christlichsozialen, die immer eine kaisertreue Partei war, aus nachvollziehbaren Gründen nicht dabei. Die Liebe zu Ständestaatsmodellen, schon in der Verfassungsdebatte sichtbar, entsprang der Instabilität der rechten Regierungskoalitionen. Die

Kritik an der „Parteienherrschaft" bezog sich immer auch auf die Ohnmacht gegenüber der organisatorischen Stärke der Sozialdemokratie. Diese war mit ihren etwa 700.000 Parteimitgliedern und den über eine Million Mitgliedern in den Freien Gewerkschaften so stark aufgestellt, dass sie jederzeit Zehntausende zu Demonstrationen auf die Straße bringen und mit Streikaktionen den Wirtschaftsverkehr lahmlegen konnte. Ignaz Seipel, die prägende Persönlichkeit der 1920er Jahre, verhandelte mit den Sozialdemokraten, schloss Kompromisse, unterhielt sich oft mit Otto Bauer. Aber wie gegenüber dieser Übermacht einen Ausgleich schaffen? Ignaz Seipels Denken kreiste um die Frage, wie er den Sozialdemokraten das Fürchten lehren konnte. Zuerst verfolgte er dieses Ziel bei Wahlen mit einer geschlossenen, fest entschlossenen antimarxistischen Einheitsfront, später in der Koalition mit den Heimwehren, die die Ausschaltung der Parteienherrschaft als Ziel proklamierten.

Die prägende Partei der Ersten Republik bis zum Bruch der Großen Koalition war die Sozialdemokratie, danach die Christlichsoziale Partei, die stets einen enormen Machtwillen praktizierte und bei größtmöglicher Wendigkeit die denkbar größten Gegensätze zusammenspannte.

> Mit unglaublichem Geschick verstand es die Partei, an der Regierung beherrschenden Anteil zu nehmen und zugleich nach außen mit der ganzen Rücksichtslosigkeit und Ungebundenheit der Oppositionspartei aufzutreten und jede Verantwortung für die Entwicklung der letzten Monate abzuwälzen. Es war ein meisterhaftes Spiel mit verteilten Rollen. Während Herr Kunschak ausging, das ‚selbständige Österreich' zu retten, hielt Dr. Mataja die anschlußfreundlichsten Reden. Während man den Obmann des Antisemitenbundes zum Pogrom hetzen ließ, vertrat der geistige

> Führer der Partei die sittlichen Prinzipien der Gleichberechtigung und der unantastbaren Rechtsordnung. Während das Abendblatt der ‚Reichspost' die Monarchisten beruhigte, dass die Partei auf dem ‚Boden der Republik' nur solange stehe, als dieser Boden eben vorhanden sei, bekannten sich namentlich die Bauernvertreter als stramme Republikaner. Während der frühere Bürgermeister von Wien erklärte, dass die Partei jeden wohlerworbenen Besitz, gleichviel ob groß oder klein, schütze, predigte man in den äußeren Bezirken den Kampf gegen das Großkapital. Während man in den wohlhabenden Stadtvierteln mit Nachdruck den bürgerlichen Charakter der Partei betonte, gab man sich in Favoriten und Fünfhaus als Arbeiterpartei aus. Kurz, es gibt keine Frage von grundsätzlicher Bedeutung, in der die Partei nicht mindestens zwei entgegengesetzte Anschauungen zu vertreten verstand."[9]

Von Beginn an hatte die neue Republik viele Kritiker und Feinde. Selbst die Sozialdemokratie brachte die etwas zwiespältige Parole in Umlauf: „Demokratie der Weg, Sozialismus das Ziel." Antidemokratisches Denken findet sich auch bei den Mittel- und Kleinparteien, beim Landbund, bei der Deutschnationalen Partei. Schon beim Verfassungsbeschluss in der *Neuen Freien Presse* attackierten die Liberalen den Parlamentarismus und prangerten die föderalistische Aufteilung des Landes in Rot und Schwarz und die Hintertüren-Packelei bei der öffentlichen Show-Konfrontation an.

An den politischen Rändern wucherten bereits in den Jahren 1918 bis 1922 Verschwörungstheorien. An den Universitäten, in den verarmten Mittelschichten, bei den abgebauten Beamten, in den vielen völkischen Vereinen (Alpenverein, Turnerbund) lagerten aggressive Glutnester

9 Stolper 1920 S. 53.

der nationalen, rassistischen Exklusivität. Rechte Gruppen höchst unterschiedlicher Provenienz und Ausrichtung pflegten in der Identitätspolitik eine geradezu allergische Abwehr gegenüber der Republik, dem westlichen Modell der Demokratie, der neuen europäischen Ordnung mit dem Völkerbund und den Pariser Friedensverträgen, die von den „Novemberverbrechern" unterschrieben worden wären. Hier artikulierten sich radikale Mentalreservationen, die bis in die Mitte der Gesellschaft eindrangen. Überall wurde ein „schleichender Bolschewismus" gewittert, was aggressive Reaktionen und Sympathie für den Faschismus erlaubte. Karl Kraus äußerte sich im Herbst 1920 ziemlich drastisch, als eine Adelige ihre Freude über die Ermordung Rosa Luxemburgs bekundete:

> Der Kommunismus als Realität ist nur das Widerspiel ihrer eigenen lebensschänderischen Ideologie, Gott erhalte ihn uns, damit dieses Gesindel, das schon nicht mehr ein und aus weiß vor Frechheit, nicht noch frecher werde.[10]

Die Interpretation der Lage kam sichtlich ins Rutschen: Nicht mehr die Monarchie und der von ihr ausgelöste Erste Weltkrieg waren schuld an Desaster und Elend der Gegenwart und verlangten ideologische und politische Konsequenzen, sondern die „Repablick" (so der Romantitel von Karl Paumgartten) trug die Verantwortung dafür. Für Karl Kraus, dessen Teilnahme an den Republikfeiern innere Verpflichtung war, offenbarte sich in den antirepublikanischen Ressentiments die böswillige Dummheit:

10 Kraus 1920 S. 8.

> Die Monarchie hat uns den Krieg gebracht, der Krieg den Ruin, der Ruin die Republik. Nein, sie gewahrt nur die Gleichzeitigkeit von Republik und Ruin: die Republik hat uns den Ruin gebracht. Zurück geht's leichter – somit, tunlichst mit der Auslassung der Zwischenstation: der Ruin soll uns die Monarchie bringen. Denn die Republik ist an allem schuld, auch an der Dummheit, und es hat sich gleich an ihrem ersten Tag herausgestellt, dass sie nicht imstande ist, die Schulden der Monarchie zu bezahlen, die Toten der Monarchie zu erwecken, den Krieg der Monarchie ungeschehen zu machen.[11]

3. Die Kritik der bürgerlich-liberalen Intellektuellen an der parlamentarischen Demokratie und den Parteien

Bei den österreichischen Intellektuellen gab es keine ausgeprägte Liebe zur parlamentarischen Demokratie. Ihr Betrieb, die Wahlkämpfe, die Fehden, die Kompromisse, die Korruption, die Skandale, die militärische Aufrüstung, die taktischen Manöver, das Auseinanderklaffen zwischen Rhetorik und realem Handeln, die „relative Moral" wurde von vielen Intellektuellen als Zumutung empfunden, die ihre Begeisterung für die Republik leiden ließ.

Es ist retrospektiv auffällig, wie schnell sich Österreichs liberale oder linksliberale Intellektuelle und Schriftsteller an die Kritik am bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus anschlossen, wie wenig sich intellektuelle Verteidiger zusammenfanden, um sich den Anfeindungen der

11 Kraus 1919 S. 23.

Demokratie entgegenzustemmen. Hans Kelsen war einer der wenigen in Österreich, die theoretisch ausrückten, um den Parlamentarismus als Rechtsordnung gegen seine linken und rechten Kritiker zu verteidigen.[12] Er forderte eine „Erziehung zur Demokratie“[13] und erläuterte in mehreren Schriften detailliert und differenziert die Voraussetzungen und Checks-and-Balances des Parlamentarismus. Nur die Demokratie etabliere den Wettbewerb und den Kompromiss als oberstes Prinzip und sichere die Möglichkeit, die Führer auszutauschen. Kelsen wusste um „die dunkle Seite der Demokratie“[14] Bescheid: Denn neben dem Potential zur aufklärerischen Herrschaft der Freien und Gleichen barg die Demokratie als Kehrseite die Möglichkeit von Demagogie, Populismus und Tyrannei der Mehrheit. Der Aufstieg des Nationalsozialismus bot ihm Anschauungsunterricht, wie das Mehrheitsprinzip der Demokratie für autoritäre, faschistische Parteien die Option bot, die Demokratie abzuschaffen, die Grundrechte außer Kraft zu setzen und eine Diktatur zu etablieren.[15]

Arthur Schnitzler untersuchte in seinem Werk am umfassendsten das Feld der Politik, stand 1921 im Mittelpunkt eines Skandals, der die frühe Republik erschütterte und zum ersten Mal das Zusammentreten des Verfassungsgerichtshofes auslöste. Schnitzler, der – wie wir aus den Tagebüchern wissen – in der Ersten Republik meist sozialdemokratisch wählte, formulierte besonders in zwei Schlüsselwerken seinen Skeptizismus, vielleicht deutlicher

12 Kelsen 1967.

13 Olechowski 2020 S. 465.

14 Richter 2020 S. 234.

15 Kelsen 1967 S. 60-68.

gesagt: seine Verachtung für die Politik. Der Roman *Der Weg ins Freie* und das Drama *Professor Bernhardi* sind bereits in der Monarchie erschienen. Man könnte die Komödie *Fink und Fliederbusch* noch hinzunehmen, in dem ein Journalist in zwei politisch kontroversen Zeitungen gegen sich selbst polemisiert. Österreich sei, so heißt es im *Weg ins Freie*, das „Land der sozialen Unaufrichtigkeiten“[16]: „Hier wie nirgends anderswo“, so sagt uns eine Figur,

> gebe es wüsten Streit ohne Spur von Haß und eine Art von zärtlicher Liebe, ohne das Bedürfnis von Treue. Zwischen politischen Gegner existierten oder entwickelten sich lächerliche persönliche Sympathien; Parteifreunde hingegen beschimpften, verleumdeten, verrieten einander. Nur bei wenigen fände man ausgesprochen Ansichten über Dinge oder Menschen, jedenfalls seien auch diese allzuschnell bereit, Einschränkungen zu machen, Ausnahmen gelten zu lassen. Man habe hier beim politischen Kampf geradezu den Eindruck, wie wenn die scheinbar erbittertsten Gegner, während die bösesten Worte hinüber und herüberflögen, einander mit den Augen zuzwinkerten: „Es ist nicht so schlimm gemeint.“[17]

Parteien, erzählt uns der Schriftsteller Heinrich Bermann, dessen Vater sich in der Politik engagiert habe, seien Gebilde, „wo ein verwirrendes Ineinanderspiel von Tücke, Beschränktheit, Brutalität“[18] herrsche. Kleine Anlässe, wie im *Professor Bernhardi*, reichen aus, um eine Spirale der ideologischen Zuweisungen auszulösen und antisemitische Gruppenbildungen einzuleiten, die alle Grundsätze des Respekts,

16 Schnitzler 1961 S. 925.

17 Ebenda S. 925f.

18 Ebenda S. 830.

der fairen Behandlung und der Objektivität über den Haufen würfen.

Von allen österreichischen Autoren spürte Arthur Schnitzler, der die Theatralik wie Komödienhaftigkeit der österreichischen Zustände am gründlichsten durchleuchtete (wie er an ihnen verzweifelte), dem zeitgenössischen Antisemitismus am intensivsten nach. Er führte ihn als Nährboden vor, auf dem politische Parteien und ihre Strategen populistische Politik machten. Der Antisemitismus hob den menschlichen Umgang miteinander auf eine Ebene, wo sich alles verwirrte, wo Verantwortlichkeit schwand, Worte nicht mehr im herkömmlichen Sinn galten. Sprache wurde zum Spielmaterial, Freundschaft und Anerkennung gerieten zur manövrierbaren Masse. Jede individuelle Entscheidung konnte bei Bedarf zur hochnotpeinlichen Staatsaffäre werden, genauso wie die Bedeutung einer Äußerung im nächsten Moment zur Bedeutungslosigkeit reduziert werden konnte. Schriftsteller und Autoren wie Arthur Schnitzler zogen daraus für sich die Konsequenz der antipolitischen Verweigerung.

Besonders angewidert zeigten sich viele von den Wahlkämpfen, den Wahlversammlungen und Wahlplakaten, die den Bürgerkrieg simulierten und bei ihnen das Gegenteil von politischer Teilnahme erreichten, nämlich Ekel. Auch diejenigen, die die Republikgründung als Ende viereinhalbjährigen Schreckens begrüßten, überkam Übelkeit angesichts der fokussierten Dummheit der Wahlkämpfe. Alfred Polgar 1920:

> Großartig ist die Bestialität, die in diesen gezeichneten Schlagworten, in diesen Schlagbildern stummbrüllend sich offenbart. Tritt, Blut, Hieb. Feuerunterlaufene Augen, nie-

> derkrachende Fäuste, zerstampfenden Orang-Füße. … Kampf und Sieg, Walstatt und Scharmützel, wehende Fahnen, gestürmte Burgen, blanke Waffen und Schilde, zerschmetterte Feinde, eroberte Stellungen – so spürt man es in der Magengrube, daß politische Propaganda ihre Schwungkraft durchaus von der hinten ihnen lauernden muskulären Entschlossenheit haben.[19]

4. Politisierung im und durch den Ersten Weltkrieg

Es ist etwa von Hans Kelsen behauptet worden, dass bei Österreichs Intelligenz in der Monarchie eine gründliche Allgemeinbildung ein spärlich gesätes Gut war, dass das Vorhandensein eines exzellenten literarisch-musikalischen Wissens, einer hohen wissenschaftlichen Fachausbildung, ja einer genialen Befähigung in gewissen Disziplinen weder eine Kompetenz, um über Dinge des sozialen Lebens ein fundiertes Urteil abzugeben, noch ein Engagement ergab, sich in den öffentlichen Diskurs einzumengen. In der Gelehrtheit des österreichischen Bildungs- und Kulturbürgertums war eine gewisse Ignoranz in sozialen und politischen Belangen weit verbreitet. Kultivierte Menschen waren stolz auf ihr hohes literarisches, philosophisches oder musikalisches Niveau, aber nahmen gleichzeitig für sich selbstbewusst in Anspruch, dass sie sich für Politik nicht interessierten oder diese überhaupt für ein Gräuel oder ein Buch mit sieben Siegeln hielten. Hans Kelsen adressierte diese weitverbreitete Desinteresse 1913 recht unverblümt:

---

19 Polgar 1982 S. 83.

> Der normale Bildungsphilister, der sich für verpflichtet hält, über die Grundlagen der Deszendenztheorie [gemeint der Darwinschen Evolutionstheorie] Bescheid zu wissen, die ‚höhere Tochter', die tief beschämt wäre, über irgendein kunsthistorisches Detail in Unkenntnis zu sein, sie dürfen ruhig und ohne Schädigung ihres Prestiges eingestehen, daß ihnen die wichtigsten Tatsachen der Verfassung ihres Landes unbekannt sind, daß sie ihre politischen Rechte und Pflichten ignorieren.[20]

Der Erste Weltkrieg bedeutete im politischen Bewusstsein vieler Schriftsteller und Intellektueller eine Zäsur. Abseitsstehen war nicht mehr möglich, die Mobilmachung betraf auch die geistige Elite, die teils direkt an der Front gegen den Feind kämpften, teils im Hinterland, etwa im Kriegspressequartier, ihren Dienst versahen. Patriotismus und Volksgemeinschaftstaumel waren weit verbreitet, der Krieg war von seinen Befürwortern als Ordnungsprojekt gedacht, in Broschüren wurde er als Erzieher, als Erlöser und Befreier von Dekadenz und Verweichlichung gepriesen. Das konnte, wie man schon im Herbst 1914 sah, nicht funktionieren. Schon während des Krieges wurde es immer augenscheinlicher, dass den Menschen im Hinterland ein Leben in Verelendung, Kälte und Hunger, denen an der Front eine Existenz mit Todesnähe und Verletzungsrisiko zugemutet wurde. Denkschmieden begannen für die Zeit danach zu arbeiten. Eine aufklärerische Gegenbewegung begann. Intellektuelle, die es nicht bei Angst, Ratlosigkeit und Pessimismus belassen wollten, steuerten in Vereinen mit Diskussionen, Programmschriftschriften, Konzepten, Broschüren und Büchern Vorschläge für eine Systemänderung bei. Die

20 Olechowksi 2020 S. 126.

zweite Wiener Moderne hatte im Unterschied zur ersten immer auch eine politische Dimension.

Mit Fortdauer des Ersten Weltkriegs kam bei den Intellektuellen, zumindest einem Teil davon, die herrschende Ordnung auf den Prüfstand. Sigmund Freud hielt Jänner 1915 in der jüdischen Loge Bnai Brith eine Vorlesung zum Thema „Die Enttäuschung des Krieges", in der er illusionslos die Erfahrungen des Krieges in einem veränderten Menschenbild („Aggressionstrieb") reflektierte. Josef Popper-Lynkeus antimilitaristische Sozialphilosophie, erstmals im Buch *Das Recht zu leben und Die Pflicht zu sterben* (1878) entwickelt, bekam eine breit diskutierte Aktualität. Die psychoanalytische Bewegung war in der medizinischen Analyse des Phänomens der Kriegszitterer aktiv und setzte für diese Versehrung erstmals offizielle Anerkennung durch die Gesundheitsbehörden durch. Nationalökonomen beschäftigten sich mit der Frage, wie weit die staatliche Kriegswirtschaft bereits eine Vorbereitung des Sozialismus sein könne. Ökonomen wie Joseph Schumpeter bedachten als Konsequenz aus dem Krieg die Sozialisierung der Privatbetriebe. Adolf Loos engagierte sich in der Siedlungsbewegung, die nach den wilden Anfängen in der Kriegszeit, eine Massenbewegung wurde. Neben den Freimaurern, dem Monistenbund, den Freidenkern war „Die Bereitschaft" einer der rührigsten Vereine, die Wiens intellektuelle Vordenker zu Vortragsreihen versammelte: Hans Kelsen, Alfred Adler, Rudolf Goldscheid, Julius Ofner, Paul Kammerer. Die prekäre Lage der Kinder wurde zum Anstoß für viele praktische Initiativen, aber auch für die theoretische Beschäftigung mit einer emanzipativen Kindererziehung. Die Sozialreform und eine andere Lebensgestaltung standen im Mittelpunkt einer spätaufklärerischen zweiten Wiener Moderne, die in

ihrem Denken der Sozialdemokratie nahestand, aber keineswegs mit ihr deckungsgleich war.

Das Lebensniveau des Mittelstandes wurde herabgedrückt. Aber bei einem Teil des Bildungsbürgertums wurden nicht einmal im Weltkrieg und in der radikalen politischen Umwälzung danach die tief eingewurzelte politische Indifferenz und die notorische Apathie ausgehebelt und aufgebrochen. Streiks und das Aufkommen der Rätebewegung, Desertion und Aufstände bei der Armee kündeten von Verzweiflung und Widerstand bei den breiten Massen. Erst in Reaktion auf die sozialistische Bewegung, erst als klar wurde, dass die „Welt von Gestern" untergegangen war, hätte sich, so Kelsen, ein gewisses Bedürfnis nach politischer Bildung entwickelt. Das liberale, sich unpolitisch definierende Bürgertum sah sich damit konfrontiert, dass die Linke in den mittel- und osteuropäischen Ländern den Zusammenbruch 1918 als Chance erlebte, den neoliberalen Kapitalismus, der in ihrer Analyse der Verursacher des Krieges war, hinter sich zu lassen.

Ein kleiner Teil der Schriftsteller und Intellektuellen beteiligte sich aktiv in der Rätebewegung; bekannt ist die Episode, in der Egon Erwin Kisch und die Roten Garden die Ausrufung der demokratischen Republik am 12. November 1918 zur proletarischen Revolution umfunktionieren wollten und Chaos vor dem Parlamentsgebäude auslösten.[21] Was in Russland von Lenin und den Bolschewiki als Usurpation der Staatsmacht schon Ende 1917 gewaltsam durchgezogen wurde, wollte auch in Österreich eine kleine Gruppe durchziehen. Die Sozialdemokratie hielt dagegen, setzte auf eine Schritt-für-Schritt-Politik und den Kompro-

21 Wolf 2018.

miss und erzwang fürs Erste vor allem eine progressive Sozialpolitik, für die sie auch das Engagement der geistigen Elite mobilisieren wollte.

5. Die „Kundgebung des geistigen Wien" und die Diskussion über die geistigen Arbeiter

Die Behauptung einer völligen politischen Abstinenz der österreichischen Schriftsteller und Künstler, wie sie etwa auch Anton Pelinka in seinem Buch über „Kultur und Politik in Österreich 1918-1938" [22] (Untertitel) behauptet, lässt sich mit einem wichtigen Dokument widerlegen, als der Erneuerungsschwung der „Roten Jahre" verflogen war und sich die expressionistische Hoffnung auf den „neuen Menschen" längst als Illusion erwiesen hatte. Im Jahr 1927, vor den dramatischen April-Wahlen, meldeten sich 39 Kapazitäten des kulturellen Lebens zu Wort. Unter ihnen: Sigmund Freud, Alfred Adler, Oskar Strnad, Wilhelm Kienzl, Robert Musil, Hans Kelsen, Alfred Polgar, Egon Wellesz. All diese Persönlichkeiten bekundeten ihre Sympathie „für die große soziale und kulturelle Leistung der Gemeinde Wien".[23]

Sicherlich ist dieses Wahlmanifest ein Beweis dafür, wie beträchtlich doch das Naheverhältnis der sozialdemokratischen Bewegung zu den bedeutendsten Persönlichkeiten des österreichischen Geisteslebens war. Sein konkreter politischer Stellenwert offenbart sich besonders deutlich, wenn man sich die Reaktion der verschiedenen bürgerlichen Gruppierungen in ihren Zeitungen vor Augen hält.

22 Pelinka2017 S. 11-24.

23 *Arbeiter-Zeitung* 20.4.1927 S. 1. Pfoser 1980, S. 179-183.

Die *Neue Freie Presse* gab sich entsetzt und sprach von einem „Manifest des Irrtums“[24]. Der Kulturprovinzialismus der „Reichspost“ verstieg sich gar zu der Feststellung, dass sich ein „ein Fähnlein zum Teil sehr unbekannter und umso bereitwilligerer Namen“, das sich als „geistiges Wien“ ausgebe, für einen Wahlaufruf vergattern ließ, und gab diesem den gleichen Stellenwert wie irgendeiner Sympathieerklärung sozialdemokratischer „Beislbesitzer“.[25] Der christlichsoziale Unterrichtsminister Schmitz blies in das gleiche Horn und vermisste „die Namen jener großen Gelehrten und Künstler, die vor allem das internationale Ansehen des österreichischen Geisteslebens begründet haben.“[26]

Das Merkwürdige an diesem Manifest der Intellektuellen war, dass Inhalt und politische Wirkung einander nicht deckten. Das Manifest las sich mehr wie ein Dokument der Politikfeindlichkeit der österreichischen Intelligenz als das einer eindeutigen Parteinahme. Schon in den einleitenden Bemerkungen wurde betont, dass „der geistig wirkende Mensch zwischen und über den Klassen“ stehe und diesen vorausdenke. Der Intellektuelle „kann sich keinem politischen Dogma beugen, denn der Geist allein ist es, der die neuen Wirklichkeiten schafft, deren sich die Politik erst später bemächtigt“.[27] Das kulturelle und soziale Aufbauwerk des „Roten Wien“ wurde zwar gegen alle bürgerlichen Anfechtungen verteidigt, gleichzeitig zeigte aber das „Geistige Wien“ dem politischen Streit und allen sozial- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen den Rücken:

---

24 *Neue Freie Presse* 20.4.1927 S. 1.

25 *Reichspost* 21.4.1927 S. 1.

26 *Reichspost* 21.4.1927 S. 3.

27 *Arbeiter-Zeitung* 20.4.1927 S. 1.

> Mögen auch die ökonomischen Bewegungen und politischen Schlagworte schreiend den Vordergrund behaupten, wir werden uns nicht betäuben lassen. Wir können das Opfer des beseelten Intellekts nicht bringen.[28]

Ausgelöst vom materiellen Abstieg des Bildungsbürgertums, begann schon unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg eine heftige Debatte über den Status der geistigen Arbeiter. Viele Fragen wurden diskutiert: Bilden sie eine eigene Klasse? Welche Gratifikationen verschaffte die Republik Ärzten, Richtern, Lehrern, höheren Beamten, Rechtsanwälten, Journalisten und Schriftstellern, die Führungspositionen einnahmen? Nahm ihnen eine Gesellschaft, die sich dem Prinzip der Egalität verschrieb, die Nivellierung der Einkommen rechtfertigte und zu Maßnahmen wie Requirierungen und Wohnungszuweisungen griff, die Existenzbedingungen? Die Löhne der Arbeiter in den Fabriken waren gestiegen, das Anspruchsniveau des Hauspersonals hatte zugenommen, Einkommen aus Vermietung waren wegen des Mieterschutzes drastisch geschrumpft, die einst vielversprechenden Kriegsanleihen waren wertlos geworden, die Inflation fraß die Guthaben und Reserven auf, die Nachrichten über bolschewistische Repression aus der Ungarischen Räterepublik und Sowjetunion verunsicherten und nahmen beim Bildungsbürgertum dem sozialistischen Projekt den Glanz. Der Gang in die Suppenküchen wurde vom Bildungsbürgertum als Akt der Demütigung empfunden. Dass der Besuch von Kulturveranstaltungen nicht mehr selbstverständlich war, weil er an Kartenpreisen scheiterte, war eine Schmach. Dass jetzt Arbeiter in hohe Verwaltungsstellen gelangten, dass jetzt mit Jakob Reumann ein

28 Ebenda.

Drechsler zum Bürgermeister von Wien avancierte, wurde von so manchen als Zumutung empfunden und generierte den abfälligen Vorwurf, dass Parvenüs mit Mangel an Geist, Ethik und Geschmack die Macht ergriffen hätten. Hinzu kam, dass die so klar erscheinenden Pläne und großen Versprechungen der in Koalitionsregierung dominierenden Sozialdemokratie an die harte Realität der internationalen Abhängigkeit (Anschlussverbot, Versäumnis ausreichender Versorgung, gescheiterte Sozialisierung) prallten. Die wirtschaftliche Not der Mittelklasse, ein Produkt des Krieges, unterminierte die Legitimität der Republik. Das Kokettieren mit dem Sozialismus, das in manchen bürgerlichen Kreisen nach dem Krieg, sei es aus Angst, Heuchelei oder aus der ehrlichen Abneigung gegen den Krieg aufkam, schrumpfte in der Desillusionierung der Heilserwartungen. Es war leicht zu argumentieren, dass die Republik nichts verbessert hätte, weil die vielen Sozialgesetze, die beschlossen wurden, der Mittelklasse nur zu einem kleinen Teil zugutekamen.

Auch die Debatte über die Lage der geistigen Arbeiter baute auf den vielen großen sozialen Umwälzungen auf.[29] Die Theorie vom Sonderstatus der geistigen Arbeiter war eine Antwort auf die einfache Klassenscheidung des Marxismus (die besitzlose „Arbeiterklasse" versus vermögende „Bourgeoisie"), sie forcierte das Argument, dass keineswegs Handarbeiter zur Leitung von Betrieben und Organisationen befähigt seien, dass Führung Bildung und die Tradierung von Bildung voraussetze, dass sich selbst die politische Macht der „Arbeiter", auch in der Sowjetunion, nicht auf Handarbeiter, sondern auf Kopfarbeiter gründen müsse. Es sei „unvermeidlich", so der österreichische

29 Conrad 1921 S. 897-900.

Philosoph Heinrich Gomperz (ein Mitglied des Wiener Kreises), „dass, wo Kopfarbeiter herrschen, auf die Dauer auch ihre Interessen nicht zu kurz kommen, auch ihr Einkommen, ihre Lebenshaltung sich ganz wesentlich über die der bloßen Handarbeiter erheben werden."[30] Nur indem eine starke Vertretung die materiellen Bedürfnisse der geistigen Arbeiter verteidige, wäre es möglich, dieser Schicht die gewünschte Unabhängigkeit zu sichern. Notwendig sei allerdings auch, dass die geistigen Arbeiter ihre blinde, bedingungslose Scheu vor aller Politik ablegen, auch der Versuchung widerstehen, sich in den Dienst irgendwelcher bestehender politischen Parteien stellen, vor allem solcher, die mit Geld locken und nur Demagogie brauchen können.

6. Das Ende der Demokratie in Österreich und die Intellektuellen

Leider gibt es keine Untersuchung, die das materielle Leben der österreichischen Intellektuellen und Schriftsteller in der Zwischenkriegszeit in einer Gesamtansicht darstellen würde; immerhin kann man in zahlreichen Biographien nachlesen, dass viele mit höchster geistiger Anspannung ein prekäres Leben unter permanenter existenzieller Bedrohung lebten. Man denke etwa an Robert Musil.[31] Wittgensteins freiwillige Entscheidung für ein Leben in Armut und seine Konzentration auf das Geistige hatten kein Alleinstellungsmerkmal, sondern ordneten sich ein in eine unfreiwillige Kultur der Armut.

30 Gomperz 1920 S. 165

31 Corino 2003.

Als Folge der Genfer Sanierung plagte Österreich eine notorisch hohe Arbeitslosenrate. Seit 1923 waren etwa 10 Prozent der Arbeitskräfte ohne Arbeit, in der Weltwirtschaftskrise stieg die Arbeitslosenquote auf 23 Prozent. Bei einzelnen Branchen, vor allem in der Industrie, bewegte sie sich in astronomischen Höhen; Städte wie Steyr verödeten. Die Industrieproduktion erreichte zwischen 1918 bis 1938 nie mehr das Niveau der Vorkriegszeit. Am gravierendsten erwies sich der Kollaps des Bankensektors: 1929 kollabierte die Boden-Credit-Anstalt, die von Österreichs größter Bank, der Credit-Anstalt, übernommen wurde. 1931 ging diese selbst unter, mit enormen Folgen für das wirtschaftliche und politische Gefüge: Der Staat musste eine Bundeshaftung, die Wechselschuld und die Abdeckungen der Verbindlichkeiten von Auslandsbürgern übernehmen. Eine enorme Kapitalflucht setzte ein, eine neue Auslandsanleihe wurde notwendig, weil der ohnehin durch die Weltwirtschaftskrise gebeutelte Staat nahezu bankrott war. Die Regierung sah sich gezwungen, einen hartem Sanierungskurs zu betreiben und die Staatsausgaben zu senken.

Möglicherweise bedeutete nicht die Weltwirtschaftskrise, sondern bereits der Brand des Justizpalasts am 15. Juli 1927 eine Wende in der Stimmung. In der liberalen Presse war die Ansicht dominierend, dass die revolutionäre Phrase die Revolte angezettelt hätte. Konservative Politiker setzten die Mär in die Welt, dass die österreichische Sozialdemokratie an diesem Tag die Revolution geprobt hätte, aber gescheitert wäre. Die Heimwehren, die teilweise erfolgreich gegen den folgenden Verkehrsstreik auftraten, ließen sich als „Retter in der Not" feiern und wurden nun, obwohl sie offen auf die Ausschaltung des Parlaments drängten, zu einer wichtigen Kraft im Kräftefeld der Innenpolitik. Der 15.

Juli 1927 enthüllte die Ohnmacht der sozialdemokratischen Organisation und die Grenzen ihrer Macht. In Österreichs regierenden Kreise gärten Pläne für eine autoritäre Wende.[32]

Beschleunigt wurden die Ideen, das Parlament auszuschalten, durch die wirtschaftspolitische Krisensituation: „Wirtschaftspolitische Notwendigkeiten" seien, so hieß es von verschiedenen Seiten, nur durch eine starke, diktatorisch vorgehende Exekutive ohne langwierige parlamentarische Beratungen durchzusetzen. Als Modell dienten das Deutsche Reich, wo seit 1929 mit Notverordnungen regiert wurde, und Italien. Die Regierung Dollfuß machte schließlich Ernst mit derlei autoritären Ideen, die sogenannte „Selbstausschaltung des Parlaments" diente als Anlass für eine bereits vorher ins Auge gefasste Strategie, die politisch von den Heimwehren und wirtschaftspolitisch von der österreichische Schule der Nationalökonomie und der Handelskammer vorbereitet wurde.[33] Erst jüngst hat Quinn Slobodian[34] dargestellt, dass für Wirtschaftsliberale wie Ludwig von Mises die Beibehaltung der kapitalistischen Ordnung eindeutig der demokratischen Grundordnung übergeordnet war. Der Vision von ungehinderten Güterströmen und dem Bestreben, die gesetzliche Mitbestimmung bei den Kollektivverträgen zu beseitigen, folgten die Vorgaben für die Politik: Erstens müsse die Regierung in Österreich sich dem Weltmarkt öffnen, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, und zweitens müsse die Regierung die Industrie steuerlich entlasten und die Löhne senken, was die Entmachtung der Gewerkschaften notwen-

32 Leser 1968 S. 399-428.

33 Sandgruber 2005 S. 395.

34 Slobodian 2019.

dig mache. 1930 empfahl die Wiener Handelskammer, die Gewerkschaften bei der Verteidigung des Sozialstaates als illegal zu betrachten.

Die Demokratie mag, so die Argumentation, normalerweise für gesellschaftliche Stabilität sorgen; sollte sie diese Funktion in Krisenzeiten einbüßen, gäbe es keinen Grund mehr, an ihr festzuhalten. Unter dem Titel der „Entpolitisierung des Ökonomischen" (Ludwig von Mises)[35] drohten (oder liebäugelten) die Wirtschaftsliberalen mit autoritären Modellen wie in Ungarn oder Italien. Eine ähnliche Haltung finden wir in den liberalen Medien wie der *Neuen Freien Presse*. Auch hier gab es den Wunsch nach einer Regierung, die mit „Fachleuten" gemäß den „Notwendigkeiten", ohne Rücksicht auf Parteien und Gewerkschaften, führt. Immerhin hätten auch in der Monarchie Notverordnungen, denen der Reichsrat im Nachhinein eine demokratische Legitimation geben sollte, existiert.

Als aufschlussreiches Dokument kann in diesem Zusammenhang auch ein Artikel dienen, der von Stefan Zweig anlässlich der Reichstagswahlen 1930, als die Nationalsozialisten und Kommunisten an Stimmen (besonders bei den jungen Wählern) stark hinzugewannen, verfasst wurde. Zweig meinte, dass das Votum „eine sehr berechtigte und sehr notwendige, eine vielleicht gefährliche, aber doch unaufhaltsame Explosion einer kollektiven Enttäuschung von Millionen über das Tempo der Politik"[36] sei. Die Jugend habe „die Langsamkeit und Feigheit der Entscheidun-

35 Ebenda S. 69.

36 Zweig 1983 S. 175.

gen“[37], die Zeit des „öden Deliberierens, Verzögern und Verheuchelns“[38] satt.

> Mit den alten Methoden der Kommissionen und Ausschüsse und Delegationen und Bankette“[39] die großen Probleme der Zeit anzugehen, habe wenige Fortschritte ergeben. Klaus Mann erwiderte scharf auf die neu erwachte Liebe zur Radikalität: „Mir scheint, die Jüngeren finden, dass das Tempo der Älteren noch zu langsam zu einer Katastrophe führte. Sie wollen sie schneller haben, ihre geliebte Katastrophe und die ‚Materialschlacht‘, von der ihre Philosophen hysterisch schwärmen.[40]

Eine Wertschätzung der parlamentarischen Demokratie als Mittel zur Dämpfung der Konflikte fehlte auch bei Sigmund Freud, der in seinem 1932/1933 publizierten Briefwechsel mit Albert Einstein über die Verhinderung eines Krieges diskutierte. Freuds Weltbild war hierarchisch strukturiert: „Es ist ein Stück der angeborenen und nicht zu beseitigenden Ungleichheit der Menschen, daß sie in Führer und in Abhängige zerfallen.“[41] Sein Vorschlag ging in Richtung „Diktatur der Vernunft“[42]: Einer „Oberschicht selbständig denkender, der Einschüchterung unzugänglicher, nach Wahrheit ringender Menschen“ solle „die Lenkung der unselbständigen Massen zufallen“.[43]

---

37 Ebenda S. 178.

38 Ebenda S. 179.

39 Ebenda S. 179.

40 Mann 1992 S. 319.

41 Freud 2000 S. 284.

42 Ebenda.

43 Ebenda.

Wo waren die Intellektuellen in höchster politischer Not, als 1932 die Dollfuß-Regierung daran ging, das Parlament, den Verfassungsgerichtshof, die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und das Rote Wien auszuschalten? Das Vertrauen in die Kraft der parlamentarischen Demokratie war vielleicht niemals vorhanden, aber jetzt war ihnen dieses völlig abhandengekommen, die geistige Elite stand zur Verteidigung der Grundwerte der Freiheit und der Demokratie nicht mehr zur Verfügung. Der Gedanke, dass die österreichische Form der autoritären Machtergreifung auch eine verheerende Schwächung in der Verteidigung des Landes gegen den Nationalsozialisten sein könnte, kam nur einem Teil der liberalen geistigen Elite in den Sinn. Auch Schriftsteller, die 1927 die Namensliste bei der „Kundgebung des geistigen Wien" unterzeichnet hatten, taten sich 1934 mit den offenen Sympathien für den Austrofaschismus hervor.

Am unverschämtesten zeigte sich der Opportunismus bei Felix Salten, einem der Mitunterzeichner des Manifests von 1927, der im Februar 1934 den „Kampf um die Volksgemeinschaft" auflodern sah und die Ausschaltung der Sozialdemokratie in der *Neuen Freien Presse* mit einem Satz begründete, den er auf den Straßen Wien gehört haben wollte: „Partei, das ist die Unfähigkeit, eine rein menschliche Angelegenheit rein und menschlich zu betrachten."[44] Auch Franz Werfel, dessen neuen Roman *Die vierzig Tage des Musah Dagh* die Nationalsozialisten gerade verboten hatten, machte eine politische Transformation durch. In seinem Haus auf Hohen Warte empfing er und seine Frau Alma regelmäßig Regierungsmitglieder und die gute Gesellschaft Wiens, in Zeitungen pries Werfel den neuen Bundeskanz-

44 Salten 1934.

ler Kurt Schuschnigg als Inkarnation des österreichischen Wesens: „Welch eine Schicksals-Gunst und Schicksalshoffnung für Österreich, daß es am Rande des Abgrunds diese vornehme und feste Führerhand gefunden hat."[45]

Karl Kraus, der prominente Verfechter aus der Frühzeit der Republik, war ein besonders tragischer Fall. Die Ereignisse des 15. Juli 1927 zeigten ihn noch an vorderster Front gegen Bundeskanzler Ignaz Seipel und Polizeipräsident Johann Schober. Kraus affichierte ein Plakat mit der Aufforderung an den Wiener Polizeipräsidenten: „Ich fordere Sie auf, abzutreten". Trotzdem verfingen sich Sozialdemokraten, allen voran *Arbeiter-Zeitung*-Chefredakteur Oscar Pollak, und Karl Kraus in einer immer bitterer werdenden Polemik, die Kraus schließlich zum totalen Bruch mit der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und mit der Sozialdemokratie führte. Letzter Auslöser war der Kampf gegen den korrupten Zeitungsherausgeber Imre Bekessy, in dem sich Kraus allein gelassen fühlte. Die Sozialdemokratie, mit der es einst eine eine enge Zusammenarbeit gab, galt ihm nun als Partei des Verrats an der Redlichkeit, der Moral und der Revolution. Als besonderes Übel kreidete er ihr an, dass sie hohe moralische Standards vorgebe, diese aber in den politischen Scharmützeln sistierte: „Mein Schritt ist nicht dies schleichende Zickzack,/ mein Stich ist nicht dies zögernde Tricktrack: / er gilt politischem Paktiererpack."[46] Im Hagel der weichselseitigen Vorwürfe landete Kraus schließlich bei Dollfuß und dem Austrofaschismus. Die posthum publizierte Analyse *Die Dritte Walpurgisnacht* offenbart eine hellsichtige Analyse des Nationalsozialismus

45 Zit. nach Jungk 1987 S. 225.

46 Zit. nach Pfabigan 1976 S. 286.

– und eine von Ressentiments getriebene Abrechnung mit der Sozialdemokratie.

Literaturverzeichnis

Otto Bauer, *Die österreichische Revolution*, Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 1963.

Dr. Otto Conrad, *Die Abkehr der Gebildeten von der Sozialdemokratie*. In: *Der oesterreichische Volkswirt*, 27.8.1921, 897-900.

Karl Corino, *Robert Musil. Eine Biographie*, Reinbek, Rowohlt, 2003.

Sigmund Freud, *Warum Krieg?* In: Sigmund Freud, *Studienausgabe. Fragen der Gesellschaft. Ursprünge der Religion*, Frankfurt/M., Fischer Taschenbuch Verlag, 2000.

Heinrich Gomperz, *Der klassenmäßige Zusammenschluß der geistigen Arbeiter*. In: *Der oesterreichische Volkswirt*, 11. Dezember 1920, 165.

Peter Stefan Jungk, *Franz Werfel. Eine Lebensgeschichte*, Frankfurt/M., S. Fischer, 1987.

Hans Kelsen, *Verteidigung der Demokratie*. In: Kelsen 1967 S. 60-68.

Hans Kelsen, *Demokratie und Sozialismus. Ausgewählte Aufsätze*, Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 1967.

Karl Kraus, *Antwort an Rosa Luxemburg von einer Unsentimentalen*. In: Karl Kraus, *Die Fackel*, November 1920.

Karl Kraus, *Gespenster*. In: Karl Kraus, *Die Fackel*, August 1919.

Norbert Leser, *Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis*, Wien, Europaverlag, 1968.

Klaus Mann, *Jugend und Radikalismus. Eine Antwort auf Stefan Zweig*. In: Klaus Mann, *Die neuen Eltern. Aufsätze, Reden, Kritiken 1924-1933*, Reinbek, Rowohlt Taschenbuch, 1992.
Ray Monk, *Wittgenstein. Das Handwerk des Genies*, Stuttgart, Klett-Cotta, 1994.
Thomas Olechowski, *Hans Kelsen. Biographie eines Rechtswissenschaftlers*, Tübingen, Mohr Siebeck, 2020.
Anton Pelinka und Manfred Welan, *Demokratie und Verfassung in Österreich*, Wien, Europaverlag, 1971.
Anton Pelinka, *Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918-1938*, Wien, Böhlau, 2017.
Alfred Pfabigan, *Karl Kraus und der Sozialismus*, Wien, Europa, 1976.
Alfred Pfoser, *Literatur und Austromarxismus*, Wien, Löcker, 1980.
Alfred Pfoser und Andreas Weigl, *Die erste Stunde Null. Gründungsjahre der österreichischen Republik 1918-1922*, Salzburg, Residenz, 2017.
Alfred Polgar, *Wahlen*. In: Alfred Polgar, *Kleine Schriften*. Band 1., Reinbek, Rowohlt 1982.
Hedwig Richter, *Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München, C. H. Beck, 2020.
Felix Salten, *Nervenprobe*. In: *Neue Freie Presse* 18.2.1934, S. 3.
Roman Sandgruber, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegegenwart*, Wien, Ueberreuter, 2005.
Arthur Schnitzler, *Der Weg ins Freie*. In: Arthur Schnitzler, *Gesammelte Werke. Die Erzählenden Schriften 1.*, Frankfurt, Fischer, 1961.
Quinn Slobodian, *Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*, Berlin, Suhrkamp, 2019.

Gustav Stolper, *Die neue Volksvertretung*. In: *Der oesterreichische Volkswirt*, 23. Oktober 1920.
Norbert Christian Wolf, *Revolution in Wien. Die literarische Intelligenz im politischen Umbruch 1918/19*, Wien, Böhlau, 2018.
Stefan Zweig, *Revolte gegen die Langsamkeit. Epilogue aux elections allemandes*. In: Stefan Zweig, *Die schlaflose Welt. Aufsätze und Vorträge aus den Jahren 1909-1941*, Frankfurt/M, S. Fischer, 1983.

Neue Freie Presse 20.4.1927.
Reichspost 21.4.1927.
Arbeiter-Zeitung 20.4.1927.